

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 35/39
Telex: 09 65 846-48 ppbn d

Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, würdigt die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz MdB, zu ihrem 100. Geburtstag.

Seite 1/2

Hubert Weber MdB, Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, führt den Nachweis, daß Mieterschutz Bauinvestitionen nicht bremst.

Seite 3/4

Adolf Müller-Emmert, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, zieht eine positive Halbbilanz der auswärtigen Kulturpolitik.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 52 /

15. März 1979

Utopien von Gestern - Realitäten von heute

Vor 100 Jahren wurde Marie Juchacz geboren

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Bundespost bringt in diesem Jahr eine Sondermarke "50 Jahre Frauenwahlrecht" mit einem Porträt von Marie Juchacz. Was uns heute so selbstverständlich ist, darum haben unsere Parteigenossinnen gekämpft. Als Marie Juchacz vor 100 Jahren, am 15. März 1979 geboren wurde, da war das Frauenwahlrecht eine Utopie. Sie hat für Utopien gekämpft, ihre Utopie ist lange Wirklichkeit, nahezu selbstverständliche Wirklichkeit. Deshalb kann man nur warnen, wenn Leute heute "Utopie" nahezu als Schimpfwort betrachten. Die Utopien von heute sind oft die Kampfziele von morgen und die Selbstverständlichkeiten von Übermorgen.

An ihrem Geburtstag werde ich den Grundstein für ein Haus der Arbeiterwohlfahrt in Bonn legen, ein Haus, das den Namen der AWO-Gründerin tragen soll. Einen besseren Namen dafür gibt es nicht. Denn sie war es, die im Dezember 1919 als

SPD-Vorstandsmitglied anregte eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege einzurichten. Dies geschah in einer Zeit als die von den obrigkeitstaatlichen "Armenpflege" mit landesherrlicher Almosenvergabe endgültig bankrott war.

Dank der Arbeit von Marie Juchacz im Reichstag - sie war schließlich die erste Frau in der deutschen Geschichte die dort eine Rede hielt - entstand ein damals progressives Jugendwohlfahrts- und Fürsorgerecht.

Sie war keine Frau, die Not nur aus Theorie und Seminaren kannte. Marie Juchacz mußte sich durchschlagen als Kindermädchen, Fabrikarbeiterin und Krankenaufseherin. Nach einer mißglückten Ehe brachte sie ihre beiden Kinder allein durch. Über einen "Frauen- und Mädchenbildungsverein" kam sie zur sozialdemokratischen Frauenarbeit. 1913 holte der SPD-Bezirk Rheinprovinz sie als Frauensekretärin nach Köln, 1917 rief sie der Parteivorsitzende Friedrich Ebert nach Berlin, wo sie Frauensekretärin im Parteivorstand wurde, dort war sie bald auch Mitglied. Bis zur Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 gehörte die Reichstagsabgeordnete Juchacz ihm an. 1933 emigrierte sie nach New York, wo sie unermüdlich Hilfe für die deutschen Freunde mobilisierte. Dank ihrer Arbeit entstand die "Arbeiterwohlfahrt USA, Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus". 1949 kehrte Marie Juchacz zu der in der Bundesrepublik wiedererstandenen Arbeiterwohlfahrt zurück.

Sie wurde Ehrenvorsitzende des Verbandes, der bei der Wiedergründung nach dem Krieg neue Wege ging; die Arbeiterwohlfahrt war nun nicht mehr eine Vereinigung innerhalb der SPD, sie entwickelte sich vielmehr als selbständiger Verband weiter im Geiste Marie Juchacz'.

(-/15.3.1979/hi/ca)

Beweis mit Zahlen
-----**Mieterschutz bremst Bauinvestitionen nicht**

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Vorlage des Berichtes des Bundesjustizministerium über die Auswirkungen des Wohnraum-Kündigungsschutzes und des Sozialen Mietrechtes werden auch alle die Stimmen laut, die von Anfang an dieses Gesetz bekämpft haben. Ihr vermeintlich stichhaltigstes Argument ist, daß der Wohnungsbau in einen beängstigenden Umfang zurückgehe, weil für den Bauherrn eine Kapitalrendite nicht gegeben sei. Diese Meinung ist im Ansatzpunkt falsch, die tatsächlichen Verhältnisse bestätigen diese Behauptung auch nicht.

Die Wohnung ist für die meisten Menschen der Mittelpunkt ihres familiären und gesellschaftlichen Wirkens. Hier findet die menschliche Begegnung statt, hier sucht der Mensch Erholung und hier findet er auch den Ort seiner persönlichen Begegnung, gestaltet er seine Freizeit und sucht Zuflucht von den Anstrengungen des täglichen Lebens. Daher ist die Wohnung nach dem Grundrecht unverletzlich. Daraus ergibt sich gleichzeitig, daß der Eigentümer von Grund und Boden, der für den Wohnungsbau geeignet ist, im besonderen einer sozialen Zweckbindung und sozialen Funktion unterworfen ist.

Dies rechtfertigt sich nicht nur daraus, daß der Eigentümer von Grundstücken nur durch planerische örtliche Maßnahmen sein Grundstück einer erheblichen Wertsteigerung zuführt, sondern auch aus der Tatsache, daß der zufällige Besitz von Bauland nicht spekulativen Erwägungen ausgesetzt sein darf. Dies haben nicht nur die großen Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gesehen und erkannt, sondern auch der größte Teil der privaten Grundstückseigentümer. Anders ist es nicht erklärlich, daß der Bericht der Bundesregierung ganz allgemein eine Befriedigung der Vertragsparteien und ein reibungsloses Funktionieren des Zusammenlebens feststellt.

Demgemäß ist auch die Feststellung des Haus- und Grundbesitzervereines, das soziale Mietrecht führe zu einem Nachlassen der Bauinvestition, nicht zutreffend. Dies gilt sowohl für den Bereich der Neubauproduktionen wie auch für den Erhaltungsaufwand oder die Modernisierung.

Der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank von Februar 1979 gibt folgendes Bild der Neubauinvestition:

Zeit	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 1)						Tiefbau 1971=100
	Insgesamt		Hochbau			Gewerbliche Hochbau 2)	
	1971=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1971=100	Wohnungs- bau	Öffentliche Hochbau 3)		
1971 D	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1972 -	104,8	+ 4,9	108,5	121,4	100,6	99,9	97,1
1973 -	100,7	- 4,0	101,6	89,0	100,6	119,0	99,2
1974 -	90,8	- 10,8	85,9	75,0	79,8	121,4	86,8
1975 -	88,2	- 2,9	80,9	78,5	93,1	114,3	105,0
1976 -	80,3	- 8,9	87,3	81,2	87,9	95,4	95,2
1977 -	104,4	+ 15,8	97,3	100,1	94,7	96,7	116,8
1977							
Mai	109,8	+ 10,9	99,0	97,6	99,7	112,1	128,8
Juni	120,5	+ 13,9	117,2	122,1	117,7	115,8	148,4
Juli	106,0	+ 11,3	92,4	85,8	95,7	102,0	129,8
Aug.	112,7	+ 19,9	98,4	101,0	98,7	110,1	137,7
Sept.	129,0	+ 25,8	113,4	120,6	104,0	124,2	157,6
Okt.	117,0	+ 28,4	108,5	107,8	110,9	100,0	132,0
Nov.	97,8	- 25,5	89,7	98,7	91,2	94,4	101,6
Dez.	102,2	+ 14,7	96,4	106,4	98,7	97,0	108,8
1978							
Jan.	84,2	- 23,9	83,3	91,6	80,1	69,5	85,7
Febr.	87,3	+ 21,1	88,3	104,3	73,2	82,7	83,8
März	135,9	+ 24,7	132,9	152,5	126,2	109,5	141,1
April	132,1	+ 27,1	117,8	133,3	103,0	108,7	158,9
Mai	137,7	+ 25,8	120,8	130,9	113,7	108,6	167,5
Juni	158,2	+ 21,6	144,1	161,3	118,0	151,3	177,5
Juli	129,0	+ 21,7	119,5	121,2	108,5	104,4	156,0
Aug.	149,4	+ 24,6	124,8	125,5	106,4	156,7	168,0
Sept.	186,3	+ 28,1	154,5	164,1	124,9	188,5	194,2
Okt.	137,1	+ 17,2	129,4	132,6	126,3	127,4	150,7
Nov.	123,0	+ 25,8	125,3	127,7	131,7	107,9	118,8

Daraus folgt, daß nach einem Rückgang in den Jahren 1974, 1975 und 1976, bedingt durch die hohen Zinsen und den starken Wohnungsüberhang der Wohnungsbau erheblich aufgeholt hat und der Auftragseingang für den Wohnungsbau im Jahre 1978 im Durchschnitt höher als der Auftragseingang im öffentlichen Hochbau und dem Tiefbau war.

Noch deutlicher wird dies bei den Investitionen für Wohnungsmodernisierungen. Aus dem Bericht der Bundesregierung ergeben sich folgende Zahlen:

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat auf der Grundlage der revidierten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt, daß sich die Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen von 26,6 Milliarden DM im Jahre 1974 um 38 Prozent auf 36,8 Milliarden DM im Jahre 1977 erhöht haben, während das Gesamtvolumen der Neubauinvestitionen im gleichen Zeitraum nur um zwei Prozent von 52,9 auf 54 Milliarden DM gestiegen ist.

Mit Fehlen der Investitionsneigung läßt sich somit ein Abbau des sozialen Mietrechtes nicht rechtfertigen. Sonstige Gründe, das soziale Mietrecht, insbesondere den Kündigungsschutz, zu verbessern, gibt es nicht, im Gegenteil, an einigen Schwachstellen, zum Beispiel einem Vorkauf von Häusern muß der Mieterschutz, ähnlich bei der Umwandlung von Wohnungen in Eigentumswohnungen, verbessert werden.

(-/15.3.1979/ks/ca)

Beachtliche Entwicklung

Halbzeitbilanz der kulturellen Außenpolitik ist positiv

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher legte der Öffentlichkeit kürzlich eine beachtliche Zweijahresbilanz über die Entwicklung der kulturellen Außenpolitik vor.

Den erzielten Fortschritten, aber auch der Analyse der dringlichsten Erfordernisse, waren eine Fülle von Vorarbeiten vorausgegangen, die besonders im parlamentarischen Raum geleistet wurden. Es sei nur erinnert an die vielfältigen Verbesserungs- und Neuerungsvorschläge der Enquete-Kommission auswärtige Kulturpolitik des Deutschen Bundestages, die im wesentlichen Eingang gefunden haben in der Stellungnahme der Bundesregierung vom 23. September 1977 zum Enquete-Bericht.

Zwischen Parlament und Exekutive war es in den vergangenen Jahren zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit insbesondere bei der inhaltlichen Neuerung der kulturellen Außenpolitik und der Definition des politischen Mandats der Bundesregierung für dieses Feld der partnerschaftlichen und kooperativen Außenpolitik gekommen.

Beide Seiten erkannten, daß die Verwirklichung einer nach diesem Motiv reformierten Kulturpolitik nur über grundsätzliche organisatorische, personelle und finanzielle Änderungen erreicht werden kann.

Demzufolge bezogen sich die Reformvorschläge der Enquete auf die dringlichsten Erfordernisse wie

- Koordination der kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit und der Mittlerorganisationen,
- Verbesserung der Personalausstattung und
- haushaltsrelevante Empfehlungen der Kommission.

Bei der Verabschiedung des Haushalts 1979 wurde besonders den beiden letztgenannten Erfordernissen Rechnung getragen. Der Kulturetat konnte um 6,5 Prozent und der Kulturfonds (Mittel für Wissenschaften und Förderung der deutschen Sprache) sogar um 15 bis 20 Prozent angehoben werden.

Daß das Auswärtige Amt dem Bereich der kulturellen Außenpolitik ein bedeutendes Gewicht beimißt, geht daraus hervor, daß der Kulturetat in den letzten drei Jahren gegenüber dem Gesamtetat stärker angewachsen ist.

Von den in der Halbzeitbilanz genannten Problemlagen müssen diejenigen einer raschen Lösung zugeführt werden, die sich auf die europäische Bewußtseinsbildung, den vertrauensbildenden kulturellen Bemühungen im Entspannungsprozeß und die Kulturbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt beziehen. Hierin sollten die Schwerpunkte der Arbeit gesehen werden.

Insgesamt ist in allen Bereichen der kulturellen Außenpolitik eine begrüßenswerte Entwicklung zu beobachten. Die von der Bundesregierung vorgelegte Bilanz ist positiv. In der Bewertung ihrer Ergebnisse stimmt die SPD-Bundestagsfraktion voll und ganz mit der Bundesregierung überein.

(-/15.3.1979/vo-he/ea)

+

+

+